

Zukunftsfähige Justiz – Vertrauen und Wertschät- zung für den Justizvollzug und Justizwachmeister- dienst

Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
5. Juli 2025



Zukunftsfähige Justiz – Vertrauen und Wertschätzung für den Justizvollzug und Justizwachmeisterdienst

1. Ausgangslage und Zielsetzung

Die Berliner Justiz steht vor einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Technologische, personelle und strukturelle Anforderungen wachsen stetig und fordern eine konsequente Modernisierung. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an Effizienz, Sicherheit und Bürgernähe. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, braucht es klare Strukturen, verlässliche Rahmenbedingungen und eine sichtbare Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Unter der Leitung von Senatorin Dr. Felor Badenberg hat die Berliner Justiz in den vergangenen Jahren spürbare Fortschritte gemacht. Mit klarem Gestaltungswillen, hoher Fachkompetenz und einem ausgeprägten Sinn für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit wurden zentrale Vorhaben der Koalition erfolgreich umgesetzt. Die personelle Stärkung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die konsequente Bekämpfung organisierter Kriminalität sowie die Modernisierung des Justizvollzugs zeigen, dass Strukturreformen mit Augenmaß und Wirkung möglich sind. Auch in der Nachwuchsgewinnung, der Digitalisierung und der institutionellen Weiterentwicklung – etwa durch die neue Justizakademie – wurden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Diese Erfolge sind Ausdruck einer Justizpolitik, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet – im Sinne eines starken, handlungsfähigen Rechtsstaats.

Auch im Justizvollzugs- und Justizwachmeisterdienst wurden in den vergangenen Jahren wichtige strukturelle und rechtliche Modernisierungsschritte eingeleitet. Besonders hervorzuheben ist die laufende Erweiterung der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes bis zur Besoldungsgruppe A13. Diese Maßnahme stärkt nicht nur die Effizienz und Zukunftsfähigkeit des Justizvollzugs, sondern würdigt zugleich die hohe Verantwortung und Einsatzbereitschaft der dort tätigen Beamtinnen und Beamten. Die Einbeziehung der Besoldungsgruppe A11 für die Vollzugsdienstleitung und die damit verbundene Übertragung von Leitungsfunktionen sind ein klares Zeichen der Wertschätzung und des Vertrauens in die Fachlichkeit des Personals. Die Umsetzung dieser Reform wurde im

Rahmen des Gesundheitspakts für den Justizvollzug beschlossen und soll zum 1. Januar 2026 umgesetzt werden.

An diese Erfolge werden wir auch in Zukunft anknüpfen. Wir werden die neu eingeführte Diensthundestaffel, und zur Verfügung gestellte Schutzausstattung dauerhaft manifestieren und bei Bedarf optimieren, z.B. mit Halsstichschutz. Der Schutz der Beschäftigten im Justizvollzug hat für uns eine hohe Priorität!

Wir möchten darüber hinaus das Engagement und die herausragende Leistung der Beamten und Bediensteten der Justiz sichtbar machen und damit gleichzeitig die begonnenen rechtlichen und strukturellen Entwicklungen vorantreiben. Die neu geschaffenen Besoldungsgruppen zeigen auf, dass eine Kennzeichnung in Form von Uniformen und Brustanhänger an der Dienstkleidung sinnvoll sind. Geplant ist ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der dienstlichen Strukturen. Ziel ist es, einen modernen, leistungsfähigen und zukunftsorientierten Justizvollzugs- und Wachtmeisterdienst in Berlin zu stärken – mit einem Auftreten, das Professionalität und Selbstbewusstsein auch nach außen hin vermittelt.

2. Begründung und Nutzen

Wichtige Facetten der Modernisierung des Vollzugswesens sind die Vermittlung von Wertschätzung gegenüber den Vollzugsbediensteten und die Schaffung einer Atmosphäre, in der sich diese selbst verstärkt mit ihrer hoheitlichen Aufgabe und dem Arbeitgeber identifizieren. Gleichzeitig soll auch der Respekt für die Angehörigen dieser Berufsgruppe sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei dem Gegenüber weiter gestärkt werden.

Die in Aussicht genommene Erweiterung der Laufbahn ist ein entsprechender Baustein, ebenso wie die Erhöhung der Anwärterbezüge; aber auch die Beschaffung entsprechender Schutzausrüstungen und die Schaffung von wirksamen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor mutwilligen Beschädigungen am Eigentum - namentlich Pkw und Zweirädern - der Bediensteten spielen hierbei die entscheidende Rolle.

Neben der reinen Laufbahnerweiterung und den damit einhergehenden Chancen für eine bessere Bezahlung muss bei der Modernisierung des Vollzuges zudem bedacht werden, dass mit der Chance zur Erlangung eines höheren Amtes etwa im Allgemeinen Vollzugsdienst auch die Chance erhöht wird, Führungsaufgaben innerhalb des AVD zu besetzen, die bislang vielfach von anderen Berufsgruppen, namentlich Angehörigen des Sozialdienstes, wahrgenommen werden, mithin eine homogenere gestaffelte Personalstruktur innerhalb des AVD entstehen zu lassen.

Sichtbares Zeichen für eine solche Struktur kann den sowohl im Justizvollzug als auch im Justizwachmeisterdienst die Ausgabe von einheitlichen Bekleidungsstücken mit Kennzeichnung von Rang und Aufgabengebiet sowie Zugehörigkeitsmerkmalen, etwa zu einer Anstalt sein, so wie dies etwa in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen praktiziert wird. Die CDU Berlin sieht darin auch für die Hauptstadt ein zukunftsweisendes Modell mit folgenden Vorteilen:

- **Verbesserte Kommunikation und Koordination:** Die Kennzeichnung ermöglicht eine sofortige visuelle Erkennung von Zuständigkeiten. Dies erleichtert die Zusammenarbeit im Team, insbesondere in sicherheitsrelevanten Situationen wie Gefangenentransporten, Gerichtsverhandlungen oder bei Störungen im Vollzugsalltag.
- **Erhöhte Sicherheit:** In kritischen Einsatzlagen ist es entscheidend, dass Führungspersonal schnell identifiziert werden kann – sowohl durch Kolleginnen und Kollegen als auch durch externe Einsatzkräfte wie Polizei oder Rettungsdienste.
- **Nutzung von Potentialen der Professionalisierung:** Ein einheitliches, modernes Erscheinungsbild mit klar erkennbaren Kennzeichnungen stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz. Es signalisiert Ordnung, Verantwortlichkeit und Professionalität. Zentrale Elemente einer funktionierenden Justiz und damit des Rechtsstaats werden bestätigt und sichtbar.
- **Motivation und Personalentwicklung:** Sichtbare Kennzeichnungen wirken identitätsstiftend, fördern die berufliche Identifikation und machen Verantwortung sichtbar. Sie müssen insoweit in Gesamtschau mit dem angestrebten Aufbau einer gestaffelten Hierarchie des AVD gesehen werden.

Die anstehenden dienstrechtlichen Veränderungen im Justizvollzug dürfen keine kurzfristige Maßnahme bleiben. Sie müssen langfristig geplant, strukturell verankert und politisch abgesichert sein. Ein starker und rechtsstaatlich verankerter Justizvollzug sowie ein professioneller Justizwachmeisterdienst dürfen nicht von wechselnden politischen Mehrheiten abhängig sein.

Daher ist ein ganzheitliches Konzept erforderlich, das die Besonderheiten der organisatorischen Strukturen sowie die vielfältigen Aufgabenbereiche der Beamtinnen und Beamten sowie der weiteren Bediensteten differenziert berücksichtigt.

Ab der Umsetzung des Gesundheitspakts zum 01.01.2026 könnte etwa der Vollzugsleiter die Funktion eines unmittelbaren Vorgesetzten im allgemeinen Vollzugsdienst erhalten – eine Voraussetzung, unter der auch eine strukturierte Hierarchie, beispielsweise durch die Einführung von Dienstgradabzeichen, erstmals sinnvoll umgesetzt werden könnte.

Darüber hinaus sind die unterschiedlichen Vollzugsformen wie der offene Vollzug, die Jugendstrafanstalt oder der Jugendarrest mit ihren jeweils spezifischen Anforderungen zu berücksichtigen. Ähnliches gilt für den Justizwachtmeisterdienst bei den Gerichten sowie in der Senatsverwaltung für Justiz, wo ebenfalls besondere Rahmenbedingungen bestehen.

Auch die Rolle der Tarifbeschäftigten, insbesondere im allgemeinen Vollzugsdienst, in der Krankenpflege und im Werkdienst, verdient besondere Beachtung. Viele von ihnen übernehmen hoheitliche Aufgaben und tragen maßgeblich zur Funktionsfähigkeit des Justizvollzugs bei.

Die mögliche Einführung einer einheitlichen Dienstkleidung oder von Rangabzeichen erfordert daher verbindliche strukturelle und gesetzliche Grundlagen. Diese sollten nicht als temporäre Maßnahme verstanden werden, sondern als nachhaltige, identitätsstiftende Elemente innerhalb eines stabilen Gesamtkonzepts. Dabei ist es ein zentrales Anliegen, sowohl die individuellen Stärken der Beschäftigten zu würdigen als auch deren spezifischen Aufgaben und Bedarfe angemessen zu berücksichtigen.

Die Gestaltung der Brustanhänger der einzelnen Dienstorte, wie es sie z.B. bei der Feuerwehr für die verschiedenen Wachen gibt, sollte zur Stärkung des Miteinanders und der Identifizierung unter Beteiligung der Bediensteten erfolgen.

Als Anreiz für die Bediensteten werden wir auch die Anerkennung des Meistertitels im Werkdienstes prüfen.

3. Vorschlag zur Umsetzung als Teil der Neustrukturierung

Wir fordern für den Justizvollzug und Justizwachmeisterdienst eine neue Bewertung der bisherigen Dienstkleidung und Kennzeichnungen sowie der damit einhergehenden hoheitlichen Aufgaben nach modernen Maßstäben, die den Anforderungen an den Justiz- und Justizvollzugsbetriebes gerecht werden.





Wir schlagen daher folgende Maßnahmen zur dauerhaften strukturellen und rechtlichen Einführung von Kennzeichnungen vor:

- **Entwicklung eines einheitlichen Rangsystems** für den Justizvollzug und den Justizwachmeisterdienst in Berlin, orientiert an bestehenden Modellen anderer Bundesländer unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Dienststrukturen und dienstlichen Eigenheiten.
- **Pilotierung in ausgewählten Justizvollzugsanstalten** und Gerichten zur Erprobung und Evaluation.
- **Einbindung der Personalvertretungen** und Gewerkschaften in die Ausgestaltung und Einführung.
- **Evaluierung nach zwei Jahren** zur Überprüfung der Wirksamkeit und Akzeptanz.

Ziel ist es, die innere Struktur zu stärken, die Sicherheit im Dienstalltag zu erhöhen und das professionelle Erscheinungsbild der Berliner Justiz zu unterstreichen.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de